

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	19
B. Zeitliche Darstellung der Diskussion	21
I. Das Notariat im alten Reich	21
II. Die Situation um 1800	23
1. Preußen	23
2. Das Rheinland	25
3. Zwischenergebnis	26
III. Die Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	27
1. Die Entwicklung nach dem Sieg über Napoleon	27
2. Überlegungen zur Trennung von Notariat und Advokatur in Altpreußen	32
3. Zwischenergebnis	37
IV. Die Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	37
1. Die Erörterung der Frage auf den ersten Deutschen Juristentagen	37
2. Die Bestrebungen um Vereinheitlichung des Notariatsrechts in Preußen	38
3. Der Neunte Deutsche Juristentag und die Gründung des Notariatsvereins für Deutschland und Österreich	38
4. Die Gesetzentwürfe von Kurlbaum	40
5. Der Entwurf einer Notariatsordnung für Deutschland und Österreich	41
6. Die Reichsjustizgesetze	42
7. Das Preußische Gesetz enthaltend Bestimmungen über das Notariat vom 8. März 1880	43
8. Das Gesetz betreffend die Vereinigung der Rechtsanwaltschaft und des Notariats im Geltungsbe- reich des Rheinischen Rechts vom 13. April 1888	44

9. Das Preußische Gesetz vom 15. Juli 1890	47
10. Die Arbeiten zum BGB und zum FGG	48
11. Die Vereinheitlichung des preußischen Notariats am Ende des 19. Jahrhunderts	48
12. Zwischenergebnis	51
V. Die Wiederaufnahme der Diskussion im 20. Jahrhundert	52
1. Das Ende des Deutschen Notariatsvereins und die Gründung des Deutschen Notarvereins	52
2. Der Versuch der Einrichtung selbständiger Notariate in Altpreußen	53
3. Der deutsch-österreichische Notarkongress 1907	54
4. Die Versammlung der Anwaltskammervorstände 1909	54
5. Die Behandlung im Reichstag	55
6. Die Behandlung im preußischen Abgeordnetenhaus	56
7. Der Standpunkt von Weißler	56
8. Die Position der Rechtsanwaltschaft	57
9. Zwischenergebnis	57
VI. Die Zeit ab 1914	57
1. Die Notlage der Notare durch den Ersten Weltkrieg	57
2. Die Denkschrift von Unterstaatssekretär Dr. Mügel	58
3. Die Änderungen bei der Bestellung von Anwaltsnotaren in Altpreußen	58
4. Die Bestrebungen der Rechtsanwälte in Rheinpreußen und die Reaktion der Notare	59
5. Der Elfte Deutsche Notartag	61
6. Die Vorstellungen des Deutschen Anwaltvereins	61
7. Die Position der Landesjustizverwaltungen zu einer reichseinheitlichen Regelung des Notariats	62
8. Der Zwölfte Deutsche Notartag	62

9. Die Auswirkungen der Neuregelung des Zugangs zum Anwaltsnotariat und die Reaktionen	63
10. Oberneckes Entwurf eines Reichsnotariatsgesetzes	63
11. Zwischenergebnis	65
VII. Die Entwicklung des Notariats im Dritten Reich	65
1. Die Bestrebungen nach reichseinheitlicher Regelung des Notariats	65
2. Der Widerstand gegen die Einführung des selbständigen Notariats	66
3. Der Entwurf der Reichsfachgruppe Notare	66
4. Die Eröffnung der Reichsnotarkammer	67
5. Der Antrag auf Einführung des Anwaltsnotariats in Lippe	67
6. Der Referentenentwurf des Reichsjustizministeriums	69
7. Die Stellungnahme der Reichsnotarkammer	70
8. Weitere Änderungen am Gesetzentwurf	71
9. Der Referentenentwurf vom 9. Dezember 1936	71
10. Weitere Bemühungen von Wolpers und Schiek	72
11. Der Erlass der Reichsnotarordnung	73
12. Zwischenergebnis	74
VIII. Die Zeit nach dem Ende des Dritten Reichs bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland	75
IX. Die Zeit nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Erlass der Bundesnotarordnung	76
1. Die Regelungen des Grundgesetzes	76
2. Die Notarordnung für Rheinland-Pfalz vom 3. September 1949	76
3. Der Entwurf eines bayerischen Notariatsgesetzes	77
4. Die Gründung der Gemeinschaft des Deutschen Notariats (GDN)	77

5. Die Auffassung des Bundesjustizministeriums und der Landesjustizministerien zur Reichweite von Art. 138 GG	77
6. Der Gesetzentwurf zur Änderung des badischen Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit	78
7. Die Ansichten zur Notwendigkeit einer Neuregelung des Notariats	79
8. Die Einigung über einen Entwurf der GDN	80
9. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Notarordnung für Rheinland-Pfalz	81
10. Der von Weber verfasste Entwurf der GDN	83
11. Der Widerruf der Notarzulassung der nordbadischen Anwaltsnotare	84
12. Die Verhandlungen über den GDN-Entwurf	86
13. Die Besprechung des GDN-Entwurfs mit Vertretern des Bundesjustizministeriums	87
14. Der Wunsch der badischen Notare nach Beibehaltung des Amtsnotariats	88
15. Der Antrag auf Einführung des Anwaltsnotariats in Nordrhein-Westfalen	88
a) Der Antrag von Rechtsanwalt Dr. Wilde	88
b) Die Reaktionen auf den Antrag Wilde	89
aa) Die Reaktion der GDN	89
bb) Die Reaktion der AGRAK	90
c) Der Beschluss der Rechtsanwaltskammer Düsseldorf	90
16. Die Königsteiner Delegiertenversammlung der GDN vom 28./29. Mai 1954	90
17. Der Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums	92
a) Der Inhalt des Referentenentwurfs	92
b) Die Begründung des Referentenentwurfs	92
c) Die Reaktionen auf den Referentenentwurf	93

18. Die Delegiertenversammlung der GDN am 11./12. Oktober 1954	95
19. Die Besprechung im Bundesjustizministerium am 8. November 1954	97
20. Das Gutachten von Grewe	98
21. Die Besprechung im Bundesjustizministerium am 28. Februar und am 1. März 1955	99
a) Die Vorbesprechung zwischen Vertretern der GDN und des Verbindungsausschusses der AGRAK	99
b) Die Besprechung im Bundesjustizministerium	100
c) Die Anpassung des Referentenentwurfs	102
d) Die Reaktionen auf die Anpassung des Referentenent- wurfs	103
22. Der Regierungsentwurf des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete des Notarrechts (NotMaßnG)	104
a) Der Inhalt des Regierungsentwurfs und die Zustimmung der Bundesregierung	104
b) Die Behandlung des Regierungsentwurfs im Bundesrat	106
c) Die Behandlung des Regierungsentwurfs im Bundestag	107
23. Der Wunsch der Rechtsanwaltskammern Düsseldorf und Köln nach Einführung des Anwaltnotariats in Nordrhein-Westfalen	108
24. Die Anträge von Rechtsanwälten auf Zulassung zum Anwaltsnotariat	108
25. Erneute Regierungsvorlage in der dritten Legislaturpe- riode	109
26. Die Denkschrift der Rechtsanwaltschaft Düsseldorf und Köln vom November 1958	110
a) Der Inhalt der Denkschrift	110
b) Die Reaktionen auf die Denkschrift	110
27. Die Entscheidungen des OVG Münster	111

28. Die Behandlung des Entwurfs zum Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Notarrechts (NotMaßnG) im Rechtsausschuss des Bundestages und in dessen Unterausschuss „Notarordnung“	112
29. Die Sitzung der Bundesrechtsanwaltskammer vom 23. Juni 1959	113
30. Die 28. Justizministerkonferenz	113
31. Die Hamburger Verordnung vom 10. November 1959	114
32. Weitere Bemühungen der Rechtsanwaltschaft	114
33. Weitere Behandlung des Entwurfs zum NotMaßnG im Rechtsausschuss des Bundestages	115
a) Die 96. Sitzung des Bundestagsrechtsausschusses	115
b) Die 99. Sitzung des Bundestagsrechtsausschusses	115
c) Seidls Bericht über die Beratungen des Rechts- ausschusses	116
34. Abschließende Behandlung des Entwurfs zum NotMaßnG im Bundestag	117
a) Die Annahme des Gesetzentwurfs	117
b) Der Antrag der SPD-Fraktion auf Vorbereitung der Einführung des Anwaltsnotariats	118
c) Der Antrag der Fraktion von CDU/CSU	118
d) Die Überweisung des Entschließungsantrags an den Rechtsausschuss	119
35. Außerordentliche Mitgliederversammlung des DAV	119
36. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens	119
37. Zwischenergebnis	121
C. Inhaltliche Darstellung der Diskussion	123
I. Einleitung	123
II. Die Argumente für das selbständige Notariat	124
1. Das Argument der Gewaltenteilung	124
a) Die Stimmen zu Beginn des 19. Jahrhunderts	124
b) Die Diskussion nach 1815	125

aa) Die Position der Rheinländer	125
bb) Die Position der Immediat-Justiz-Kommission	125
(1) Das Gutachten der Kommission	125
(2) Das Sondervotum von Simon	127
(3) Der Lösungsvorschlag der Kommission	127
cc) Die Position des Justizministers	128
c) Die spätere Diskussion	128
aa) Die Position der Befürworter der Trennung	128
bb) Die Gegenstimmen	130
d) Eigene Stellungnahme	130
2. Die Wesensverschiedenheit von Notariat und Advokatur	131
a) Die Unparteilichkeit des Notars	132
aa) Die Position der Befürworter des selbständigen Notariats	132
bb) Die Position der Befürworter der Verbindung	134
cc) Die vermittelnde Auffassung	134
b) Die unterschiedliche Perspektive von Rechtsanwalt und Notar	135
c) Eigene Stellungnahme	135
3. Interessenkollision	136
a) Die Position der Befürworter des selbständigen Notari- ats	136
b) Die Position der Befürworter der Verbindung	137
c) Differenzierende Auffassung	138
d) Eigene Stellungnahme	138
4. Die Erreichbarkeit des Notars	139
a) Die Position der Befürworter des selbständigen Notariats	139
b) Die Position der Befürworter der Verbindung	141
c) Differenzierende Ansicht von Weißler	142

d) Eigene Stellungnahme	142
5. Die Spezialisierung	143
a) Die Position der Befürworter des selbständigen Notariats	143
b) Die Position der Befürworter der Verbindung	145
c) Differenzierende Auffassungen	147
d) Eigene Stellungnahme	148
6. Die Unabhängigkeit	148
a) Die Position der Befürworter der Trennung	148
b) Die Position der Befürworter der Verbindung	150
c) Eigene Stellungnahme	150
7. Historische Begründung	151
a) Die vertretenen Standpunkte	151
b) Eigene Stellungnahme	152
8. Der Zugang zum Anwaltsnotariat	152
a) Die vertretenen Standpunkte	152
b) Eigene Stellungnahme	153
9. Die Überfüllung des Notariats	153
a) Die Position der Befürworter des selbständigen Notariats	153
b) Die Position der Befürworter der Verbindung	154
c) Eigene Stellungnahme	154
10. Die Existenzsicherung bei Trennung von Notariat und Rechtsanwaltschaft	155
a) Die vertretenen Standpunkte	155
b) Eigene Stellungnahme	155
11. Der Schutz des Nur-Notariats durch Artikel 138 GG	156
a) Die vertretenen Standpunkte	156
b) Eigene Stellungnahme	156

III. Die Argumente für die Verbindung des Notariats mit der Advokatur	157
1. Die Lebensfähigkeit	157
a) Die Position der Befürworter des Anwaltsnotariats	157
b) Die Position des Befürworter des selbständigen Notariats	159
c) Vermittelnde Position	162
d) Eigene Stellungnahme	163
2. Die Verstaatlichung des Notariats	164
a) Die vertretenen Standpunkte	164
b) Eigene Stellungnahme	165
3. Die Verfassungswidrigkeit des Nebeneinander der unterschiedlichen Notariatsformen	165
a) Die Position der Rechtsanwälte um Wilde	165
b) Die herrschende Meinung	167
c) Eigene Stellungnahme	168
aa) Die Vereinbarkeit mit Grundrechten	168
(1) Die Vereinbarkeit mit Artikel 12 GG	168
(2) Die Vereinbarkeit mit Artikel 3 GG	169
bb) Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	170
cc) Zwischenergebnis .	170
4. Die Altersversorgung für Rechtsanwälte	171
a) Die vertretenen Positionen	171
b) Eigene Stellungnahme	171
IV. Argumente für die Beibehaltung der jeweils bestehenden Zustände	172
1. Übergangsprobleme	172
a) Übergangsprobleme als Argument für die Beibehaltung der Verbindung des Notariats mit der Anwaltschaft	172
aa) Die Position der Befürworter der Verbindung	172

bb) Die Position der Befürworter des selbständigen Notariats	173
b) Die Übergangsprobleme als Argument für die Beibehaltung des Nur-Notariats im Rheinland	173
c) Die Übergangsprobleme als Argument für die Beibehaltung des Status quo	173
aa) Die Übergangsprobleme als Argument gegen die Einführung des Nur-Notariats	174
bb) Die Übergangsprobleme als Argument gegen die Ausdehnung des Anwaltsnotariats	174
d) Eigene Stellungnahme	175
2. Einheitliche Regelung für Deutschland ohnehin nicht möglich	175
a) Der Meinungsstand	175
b) Eigene Stellungnahme	176
D. Zusammenfassung	177
I. Zeitlicher Ablauf der Diskussion	177
II. Inhalt der Diskussion	178
1. Die für das selbständige Notariat angeführten Argumente	178
2. Die für die Verbindung von Anwaltschaft und Notariat vorgetragenen Argumente	181
3. Die Gründe für die Beibehaltung des Status quo durch die Bundesnotarordnung	182
III. Thesen	182
Abkürzungsverzeichnis	185
Literaturverzeichnis	187